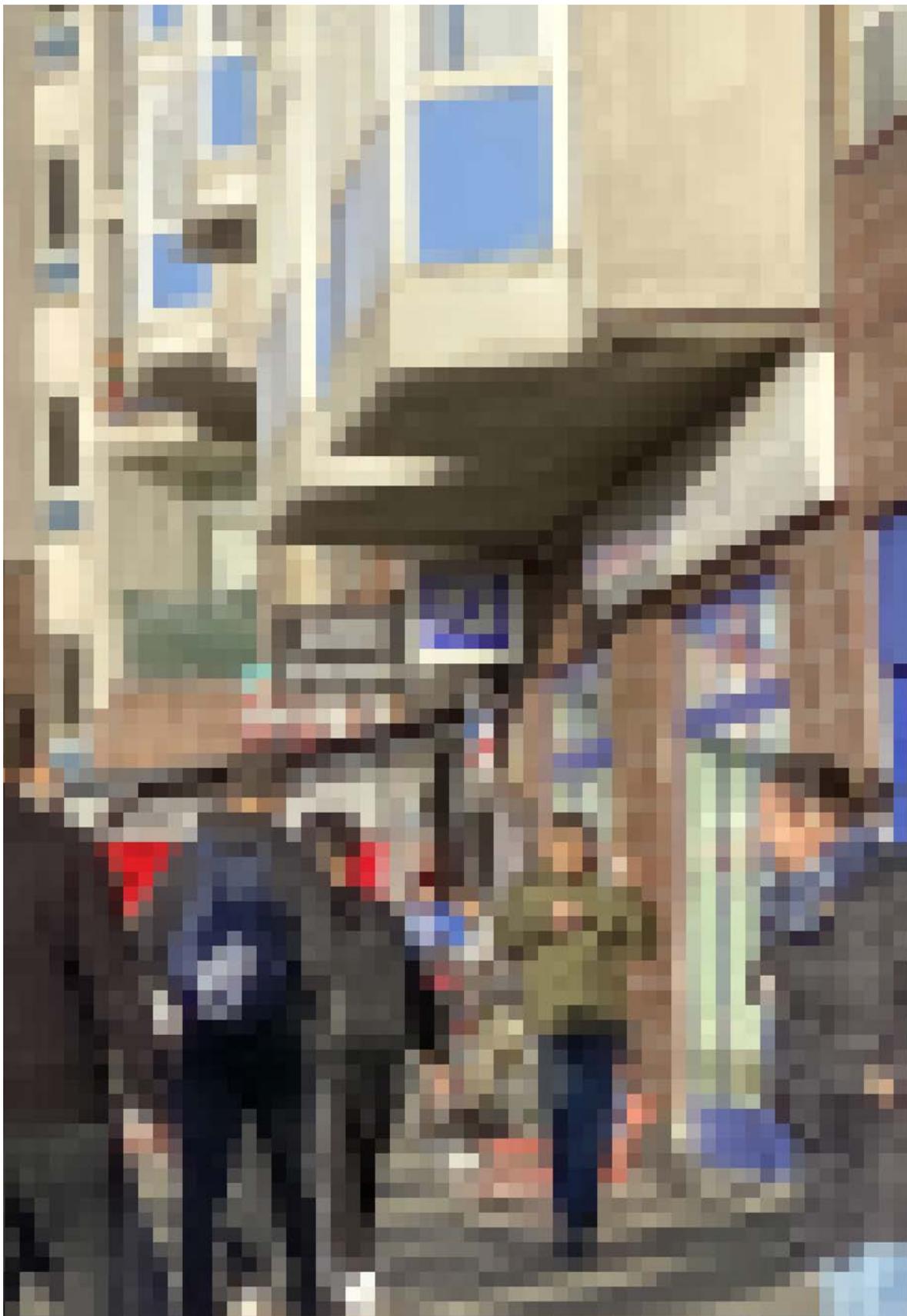




**HEFTE FÜR  
DEMOKRATISCHE  
KULTUR IM  
URBANEN RAUM —1  
SCHUTZGELD—  
ERPRESSUNG**

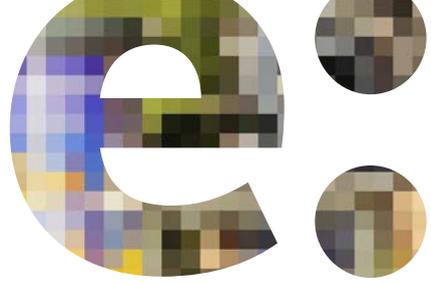


**HEFTE FÜR  
DEMOKRATISCHE  
KULTUR IM  
URBANEN RAUM —1  
SCHUTZGELD—  
ERPRESSUNG**



# Inhalt

- 4 **Vorwort** [Burcu Başdinkçi und Stella Hindemith](#)
- 9 **Was ist mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK)?** [Stella Hindemith](#)
- Eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft
  - Definition
  - „Clans“ und mOK
  - Ist der Begriff „Clans“ rassistisch? – Ja ...
  - ... aber ...
  - Jenseits von Wortklaubereien: mOK und ihre Wahrnehmung
- 17 **Schutzgelderpressung als Instrument territorialer Kontrolle: Problembeschreibung und Gegenstrategien** [Claudio La Camera](#)
- Die Normalisierung krimineller Strukturen
  - Konsens, sozialer Gehorsam und Kontrolle
  - Juristische Gegenstrategien
  - Das italienische Modell der Bekämpfung mafiöser Schutzgelderpressung im Detail
  - Die Rolle der Zivilgesellschaft
- 29 **Schutzgelderpressung in Deutschland: ein Überblick** [Burcu Başdinkçi und Benno Plassmann](#)
- Betroffene und Täter\*innen
  - Formen der Erpressung
  - Digitale Schutzgelderpressung
  - Schutzgeld in der Musikindustrie
  - Vertrauen in Staat und Polizei?
  - Wo finden Betroffene Informationen und Hilfe?
  - Welche Hürden bestehen?
- 37 **Ein vorläufiges Fazit** [Burcu Başdinkçi und Stella Hindemith](#)
- Unterstützung? Fehlanzeige
  - Betroffene ernst nehmen, auch als Expert\*innen
  - Die Zivilgesellschaft ist gefragt
- 40 **Über das Projekt [echolot](#):**



## Liebe Leser\*innen,

In manchen Stadtbezirken ist mafiöse Organisierte Kriminalität – kurz: mOK – sehr präsent. Medien sprechen von sogenannter „Clan-Kriminalität“, Anwohner\*innen von „den Familien“, „den Strukturen“ oder „den Bossen“. In Gesprächen zwischen Abscheu und Sensationslust werden Bürger\*innen, die hier leben, von außen häufig stigmatisiert. Die Viertel gelten als gefährlich und kriminell.

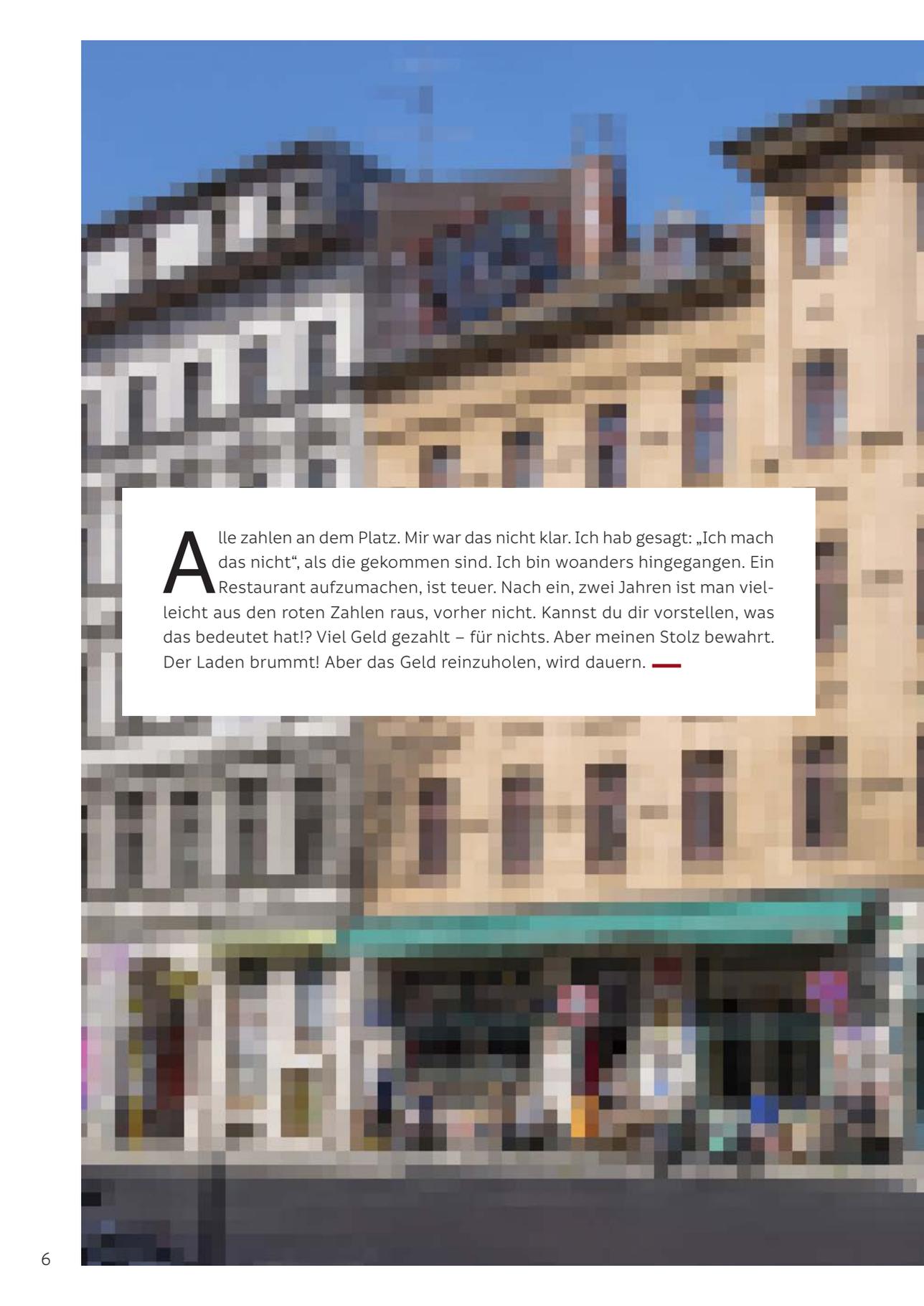
Seit 2021 wird das Bundesmodellprojekt *Echolot – Zivilgesellschaft gegen mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK)* im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Warum ausgerechnet in diesem Programm? Weil mOK eine Bedrohung für die lokale demokratische Kultur darstellt. Mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) ist ein reales und komplexes Problem in Deutschland. Rassistische Zuschreibungen und populistische Scheinantworten liefern dafür keine Lösungen, sondern verschärfen das Problem. Hier setzt Echolot an.

Wie lässt sich über mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) reden, ohne marginalisierte Jugendliche und ihre Familien noch mehr zu stigmatisieren? Das Projekt Echolot möchte eine angemessene und empowernde Diskussion über mOK unterstützen: rassismuskritisch, differenziert und demokratisch – ohne Probleme unter den Teppich zu kehren. Für einen angemessenen Umgang mit dem Thema ist es wichtig, es zu entmystifizieren. Dafür braucht es Informationen und Sachlichkeit. Deshalb wird Echolot in den nächsten Jahren Informationen zu Themen aufbereiten, die direkt oder indirekt mit mOK zu tun haben.

Mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) mag unterschiedliche Ursachen und auch Erscheinungsformen haben – aber der Traum vom Geld (und von Macht) spielt immer eine Rolle. Nach einer allgemeinen Broschüre zu mOK und sogenannten „Clans“ in Berlin (INSP 2020) widmet Echolot seine erste Schwerpunkt-Veröffentlichung dem Thema Schutzgeld. Vorangestellt wird eine allgemeine Einführung zu mOK und „Clans“ von Stella Hindemith. Danach stellt Claudio La Camera das Thema Schutzgeld vor: Er erklärt, warum Schutzgeldzahlungen für mafiöse Systeme wichtig sind und welche Auswirkungen sie im Lokalraum haben; außerdem stellt er die wichtigsten Maßnahmen vor, die in Italien ergriffen werden, um Schutzgeldsysteme zu bekämpfen. Burcu Başdinkçi und Benno Plassmann tragen in ihrem Beitrag zusammen, welche allgemeinen Erkenntnisse aus Wissenschaft und Medien über Schutzgeldzahlungen in Deutschland vorliegen; zusätzlich recherchierten sie, wo Personen, die von Schutzgeldzahlungen betroffen sind oder bedroht werden, Informationen und Handlungsempfehlungen finden. In den Kästen dieser Broschüre finden Sie Protokolle und persönliche Berichte zum Thema Schutzgelderpressung. Burcu Başdinkçi hat in einer Serie von Interviews, die sie in Berlin zum Thema mOK geführt hat, immer wieder von Schutzgeldzahlungen gehört. Aus der Perspektive von Betroffenen und Zeug\*innen spiegeln diese anonymisierten Geschichten die Herausforderungen, vor denen das Land Berlin bezüglich mOK steht.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und freuen uns auf die Diskussion!

Burcu Başdinkçi und Stella Hindemith für echolot:



**A**lle zahlen an dem Platz. Mir war das nicht klar. Ich hab gesagt: „Ich mach das nicht“, als die gekommen sind. Ich bin woanders hingegangen. Ein Restaurant aufzumachen, ist teuer. Nach ein, zwei Jahren ist man vielleicht aus den roten Zahlen raus, vorher nicht. Kannst du dir vorstellen, was das bedeutet hat!? Viel Geld gezahlt – für nichts. Aber meinen Stolz bewahrt. Der Laden brummt! Aber das Geld reinzuholen, wird dauern. —



**M**eine Eltern sind aus Sizilien nach Deutschland gekommen. Die hatten keine Lust auf die Verhältnisse da. Als mein Vater hier den Laden aufgemacht hat, standen Leute vor seiner Tür, die ihm schöne Grüße ausgerichtet haben von dem Typen, der im Heimatdorf meines Vaters alle abgezogen hat. Als ich Jugendlicher war, hab ich ihn gefragt, warum er diesen Scheiß mitmacht. Da hat er mir diese Geschichte erzählt. Er hat einfach aufgegeben. Er konnte nicht mehr. „Die Zahlungen waren nie hoch“, hat er gesagt. „Es ging“. Als ich jünger war, war ich sehr wütend, dass meine Eltern das mitmachen. Ich musste manchmal aushelfen und habe diese Leute kennengelernt. Ich wollte da nur raus. Bin ich dann ja auch. Ich bin Künstler, mein Vater belächelt, was ich tue. Früher hat er versucht, mir das auszureden, das hat er inzwischen aufgegeben. —



# Was ist mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK)?

Von Stella Hindemith

Mafien oder – wie es im Weiteren heißt – mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) sind kein Problem „krimineller Banden“, die im luftleeren Raum agierten. mOK kann eher beschrieben werden als ein kulturelles, gesellschaftliches System, das seine Macht aus seinen demonstrativ zur Schau gestellten Kontakten in nicht kriminelle Strukturen bezieht. Hierdurch kann im Lokalraum der Eindruck der Unangreifbarkeit entstehen: dass einige Menschen und Gruppen über dem Gesetz stünden und die Geschicke anderer Menschen lenken könnten.

Dieses Beziehungsnetz errichtet eine Drohkulisse für all jene, die ihm nicht oder noch nicht angehören oder ihm kritisch gegenüberstehen. Die Folge: Lieber geht man diesen Menschen und Gruppen aus dem Weg, als sich Feinde zu machen – so kann in Sozialräumen eine territoriale Dominanz mafiöser Gruppen entstehen. Das funktioniert ganz ähnlich, wie wenn Lehrer\*innen in der Schule sich nicht von mobbenden Schüler\*innen abgrenzen. Schüler\*innen, die von Mobbing betroffen sind, nehmen dies unter Umständen als Schulterchluss zwischen Lehrkräften und Täter\*innen wahr: Selbst die Lehrkräfte wollen oder können anscheinend nichts gegen die mächtigen Mitschüler\*innen tun.

**Kennzeichnend für mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) sind Verbindungen in politische oder wirtschaftliche Strukturen – auch wenn sie informell sind. Erst dann wird aus einer „kriminellen Bande“, aus einfacher Organisierter Kriminalität (OK) mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK). Solche Netzwerke bestehen in Deutschland in deutschen Strukturen. mOK innerhalb Deutschlands ist deshalb als deutsches Problem zu verstehen.**

Die Kontaktnetzwerke, die hier gemeint sind, müssen an sich nicht kriminell sein. Auch basiert mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) oftmals nicht auf geplanten Taten, wie wir sie aus popkulturellen Darstellungen kennen (Mafia-Boss bietet Bürgermeister beim Abendessen „einen Gefallen“ an); stattdessen spielen Nichtwahrnehmen und unterlassene Handlungen eine große Rolle. Häufig geht es im Lokalraum um Grauzonen, fehlende Abgrenzungen oder Leerstellen in Gesetzeslagen, nicht um eine absichtsvolle Mittäterschaft „der Politik“, „der Wirtschaft“ oder „der Bosse“.

**mOK auf bekannte Mafien mit ihren Organisationsformen oder Familiennamen zu reduzieren, verkennt das Problem in einem ähnlichen Maße, wie wenn Menschen davon ausgehen, dass das Problem rechtsextremer Einstellungen auf AfD und Kameradschaften begrenzt sei.**

## **Eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft**

Während Organisierte Kriminalität (OK) ein kriminalistisches Problem für die Sicherheitsbehörden ist, stellt mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) als gesellschaftliches und kulturelles Phänomen eine Herausforderung auch für die demokratische Zivilgesellschaft dar. Mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) unterwandert demokratische Strukturen. Wo sie dominiert, wirkt sie mächtiger und effizienter als der Rechtsstaat. Insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen bietet sie eine Mitmach-Struktur vor Ort; dabei bedient sie sich kultureller Codes und Verhaltensweisen, die mit menschenfeindlichen und demokratieverachtenden Ideologien einhergehen.

**Wo öffentlicher Raum von mOK zersetzt wird, wo sie Menschen bedroht und antidemokratische Machtansprüche stellt, zerfällt das demokratische Gemeinwesen. mOK sollte deshalb als Angriff auf die demokratische Kultur wahrgenommen und thematisiert werden.**

## Definition

Das Projekt Echolot arbeitet mit der folgenden Kurzdefinition:

Unter mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) versteht man strukturierte Gruppen, deren Macht auf einer Verschränkung wirtschaftlicher, politisch-administrativer und kriminell-gewalttätiger Faktoren beruht. Ihre bloße Existenz erreicht dadurch eine individuell und gesellschaftlich einschüchternde Macht, die auch durch kulturelle Codes unterstützt und projiziert wird.

Die Definition beruht auf der Arbeit von Enzo Cicone und Umberto Santino, außerdem auf dem Deutschen Strafgesetzbuch (Paragraf 129, Bildung krimineller Vereinigungen), dem italienischen Strafgesetzbuch (Artikel 416 bis, Kriminelle Vereinigung nach Art der Mafien) und der sogenannten Palermo-Konvention (Artikel 2, UNO-Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität).

## „Clans“ und mOK

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Die sogenannten „Clans“ beschäftigen seit einigen Jahren die Zivilgesellschaft, die Medien und die Politik. Die allermeisten dürften sich zumindest schon einmal die Frage gestellt haben, was es damit auf sich hat.

**Echolot geht davon aus, dass die sogenannten „Clans“ eine Erscheinungsform lokaler mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) sind. Aber was und wer genau ist mit dem Begriff „Clan“ eigentlich gemeint – und was und wer nicht? Welche Strukturen werden warum als „Mafia“ beschrieben – und welche warum als „Clans“? Hier besteht Klärungsbedarf.**

In den Medien wird als besonderes Kennzeichen von „Clans“ gerne die familiäre Struktur angeführt. Dies beruht auf Unkenntnis des Phänomens der Mafien. Denn *fast alle* Mafien sind entlang familialer Strukturen organisiert, etwa die Mafien aus Italien, dem Kosovo und Nigeria, oder waren es ursprünglich. Das familiäre Organisationsprinzip ist *das* zentrale oder klassische Organisationsprinzip der Mafien im Allgemeinen, auch wenn es nicht das einzige ist. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass innerhalb tradierter Familienstrukturen ein besonders hoher Loyalitätsdruck herrscht. Das Loyalitätsprinzip wiederum spiegelt sich auch in Mafien, die aus Knastbruderschaften entstanden sind, etwa bei russischen Mafia-Gruppen oder den deutschen Ringvereinen (s. u.).

## **Ist der Begriff „Clans“ rassistisch? – Ja ...**

Der unscharfe Begriff „Clan“ ist häufig rassistisch konnotiert und wird genutzt, um rassistische Debatten anzukurbeln oder wiederzubeleben. Die Vorstellung, mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) sei ein Problem „arabischer Clans“ schiebt das Problem Personengruppen zu, die als „fremd“ dargestellt werden.

Dass aber mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) ausschließlich aus dem Ausland komme und „deutscher Kultur“ fremd sei – dieser Annahme sollte mit äußerster Vorsicht begegnet werden. Dies gilt nicht zuletzt angesichts der nicht aufgearbeiteten Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung von mOK-Netzwerken. Denn zur langen Geschichte der mOK in Berlin gehört auch die nationalsozialistische Verfolgung deutscher mOK-Strukturen, die von den Nazis als „volksfremd“ angesehen und deren Mitglieder teilweise in „vorbeugende Schutzhaft“ genommen wurden. Die aus Knastbruderschaften entstandenen Ringvereine wurden von den Nationalsozialist\*innen 1934 verboten, manche ihrer Mitglieder kamen als „Berufsverbrecher“ in Konzentrationslager.

Um mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) zurückzudrängen, muss der Frage nachgegangen werden, durch welche gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen oder administrativen Faktoren sie begünstigt werden. Der Begriff „Clan“ lenkt von diesen begünstigenden Faktoren und den damit verbundenen Kontaktnetzwerken ab. Sowohl für das Verständnis des Phänomens mOK als auch im Sinne der Fortentwicklung demokratischer Kultur rät Echolot deshalb von der Nutzung des Begriffs ab. Sofern der Begriff in Publikationen des Vereins verwendet wird, wird er in Anführungszeichen gesetzt oder auch mit dem Zusatz „sogenannt“ versehen.

Im Falle migrantischer urbaner mOK-Strukturen stehen Betroffene oftmals vor mehreren und sich gegenseitig verschärfenden Problemen. So sind sie unter Umständen nicht „nur“ von Gewalt oder Einschüchterung betroffen, sondern zudem damit konfrontiert, dass diese ihnen als Gruppe rassistisch zugeschrieben wird. So wissen sie gegebenenfalls von mafiosen Strukturen, können sie aber schwerlich benennen, ohne damit das Risiko einzugehen, rassistische Stigmatisierungen auszulösen oder zu verstärken. Die Katastrophe des rechtsterroristischen Anschlags vom 19. Februar 2020 hat gezeigt, wohin eine undifferenzierte und rassistische mediale Aufladung bestimmter Alltagsbilder – hier: von Shishabars – im schlimmsten Fall führen kann. Dazu kommt, dass Betroffene sich möglicherweise von demokratischen Strukturen abwenden, wenn sie repressive Polizeimaßnahmen als rassistisch, ungerecht und willkürlich erleben.

**Der Einsatz für demokratische Kultur im urbanen Raum Berlins muss sowohl Rassismus als auch mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) in den Blick nehmen. Tut er dies nicht, wird er nicht glaubwürdig sein – insbesondere nicht für jene Menschen, die (potenziell) von beidem betroffen sind.**

Zum Schluss sei darauf hingewiesen, dass in einigen jüngeren journalistischen Arbeiten Vermutungen über Kontakte mancher „Clans“ zur Hisbollah geäußert werden. Sollte sich dies bewahrheiten, wäre der Kritik am Begriff „Clans“ hinzuzufügen, dass er mitunter terroristische Netzwerke verdeckt. Ähnlich verhält es sich mit den Besitzer\*innen einer Berliner Restaurantkette, die von ihren Nachbar\*innen Schutzgeld erpressen und die mutmaßlich Mitglieder der rechtsextremen Grauen Wölfe sind. Hier und in weiteren Fällen könnte es sich um multikriminelle Netzwerke handeln, die durch den Begriff „Clan“ und durch kulturalistische Deutungen verharmlost werden.

## **... aber ...**

Die aktuelle Debatte zu mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) leidet also an einer problematischen Begriffswahl und an rassistischen Unschärfen. Zu begrüßen ist gleichwohl, dass sich im Zuge dieser Debatte eine erste Auseinandersetzung mit mOK in Deutschland überhaupt andeutet. Dass Menschen dabei auf den Begriff „Clan“ zurückgreifen, liegt nicht nur, aber vermutlich auch daran, dass eine Auseinandersetzung mit mOK bislang fehlte – und folglich auch keine anderen Begriffe etabliert wurden. Viele Menschen benutzen den Begriff aus dem einfachen Grund, dass es in der öffentlichen Debatte keinen anderen gibt.

Zu beachten ist auch, dass sich nicht alle Menschen viel mit Sprache befassen, demnach auch nicht mit der Frage, ob ein bestimmter Begriff der richtige ist oder nicht. Sie setzen vielleicht andere Schwerpunkte, befassen sich mit anderen Problemen, manchen erscheint die Frage auch eher abgehoben oder akademisch. Entscheidend ist für Echlot daher nicht, welchen Begriff unsere Gesprächspartner\*innen nutzen. Uns interessiert es zu differenzieren, was genau gemeint ist und wer aus welcher Perspektive über welche Themen und Erfahrungen spricht.



# Jenseits von Wortklaubereien: mOK und ihre Wahrnehmung

Die Bereitschaft, mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) in migrantisch geprägten Kontexten wahrzunehmen, ist höher als jene, sie allgemein wahrzunehmen. Daraus folgt, dass mOK selbst in Branchen mit bekanntermaßen hohem mOK-Risiko unter Umständen nicht als solche wahrgenommen wird.

Ein Gruß auf der Straße kann als Alltagshandlung oder als Bedrohung empfunden und interpretiert werden. Wie mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) typischerweise wahrgenommen und wie mit ihr umgegangen wird, changiert zwischen Schweigen, Verleugnung und – nicht zuletzt – ihrer Überhöhung. Sowohl das Beschweigen oder Leugnen von mOK-Strukturen als auch die Annahme, sie seien überall oder unangreifbar, fordern die lokale demokratische Kultur heraus. Wie mOK wahrgenommen wird, kann ihre Macht vergrößern oder verkleinern. Welche Art der Wahrnehmung welchen Effekt hat, ist allerdings uneindeutig und widersprüchlich. Einerseits verlieren einschüchternde Gesten, wenn sie nicht als solche gedeutet und verstanden werden, ihre Wirkung. Andererseits kann ein Nichtwahrnehmen die Macht lokaler mOK auf lange Sicht stärken; denn wo sie nicht wahrgenommen, benannt und bekämpft wird, wird sie möglicherweise – wie die meisten sozialen Probleme – größer.

Auffällig an der Berichterstattung sowohl über „Clans“ als auch über Mafia allgemein sind die stereotypen Vorstellungen von Geschlecht. Wie im klassischen Kriminalroman geht es um männliche Schurken, die einander bekämpfen, auf der einen Seite, um männliche Helden, die als Staatsanwälte, Polizisten oder Journalisten in den Ring steigen, um gegen das Böse in der Welt zu kämpfen, auf der anderen Seite. Frauen, queere und trans, inter und nicht-binäre Personen fehlen fast vollständig in der öffentlichen Darstellung des Themas.

Dies deutet auf eine ideologische Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse hin. Hier kann ein geschlechterreflektierender Ansatz hilfreich sein, um zu einem differenzierten Verständnis der Situation zu gelangen. Gleichzeitig ermöglicht ein solcher Ansatz langfristig, dass sich mehr Menschen mit mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) befassen oder gar zivilgesellschaftlich dagegen vorgehen möchten. Denn solange mOK und deren Bekämpfung als Spiel zwischen Männern gilt, bleibt das Engagement gegen diese undemokratischen Strukturen für viele unattraktiv. —

**E**r führt das Café *Von Nebenan* seit 1991. In der Gastronomie ist er durch Zufall gelandet. Er wollte Journalismus und Publizistik studieren, hatte vor, Dokumentarfilme in Krisengebieten zu drehen. Um sich diesen Berufswunsch zu finanzieren, ließ er sich von einem Freund dazu überreden, ein Café zu übernehmen. Das betreibt er bis heute.

**Rückblende 1:** Regelmäßig kommen Hütchenspieler ins Café und sorgen für Unruhe. Der Café-Betreiber nimmt seinen Mut zusammen und schmeißt sie raus. Sie drohen ihm mit dem Tod: „Wenn Sie uns rausschmeißen – gehen Sie davon aus, dass Sie und Ihre Familie tot sind!“ Seine Familie – er hat Frau und Kinder. Er spricht den Bürgermeister an und erklärt ihm, dass er sich nicht sicher fühlt: „Ich habe keine Sicherheiten.“ Es tut sich nichts.

**Rückblende 2:** Ihm fallen bestimmte Personen im Café auf. Es hat ganz den Anschein, dass die Männer Drogen verkaufen. „Das geht nicht“, denkt er sich, „die müssen hier raus!“ Einen Dealer spricht er direkt an, fordert ihn auf, seine Drogen woanders zu verkaufen. Dieser reagiert überrascht: „Du weißt doch, dass ich hier Drogen verkaufe!“ – Gerade so, als habe er, der Gastronom, dies die ganze Zeit über gewusst und toleriert. Er ist schockiert. Und mutig: Er schmeißt den Dealer raus.

**Rückblende 3:** Wieder sitzen Drogendealer in seinem Café. Diesmal fühlt es sich anders an: schwieriger. Wie kann er diese Leute aus dem Café bekommen? Welche Folgen kann das haben? Er ist dem Drogendealer körperlich unterlegen, er muss seinen ganzen Mut zusammennehmen. Er braucht Zeit, er muss viel Luft holen – dann schmeißt er ihn raus. Es funktioniert, aber einfach ist es nicht. Wieder wird er bedroht.

**Rückblende 4:** Er bereitet sich mental vor: darauf, dass jemand kommen wird und Schutzgeld von ihm erpressen will. Andere Ladenbesitzer\*innen erzählen ihm, dass bei ihnen schon jemand war, dass sie in Gefahr waren und dass sie deshalb Schutzgeld bezahlen. Ganz schlimm ist es zwischen 2000 und 2006. Er hat nun wirklich große Angst. Jeden Tag könnte es passieren. Jeden Morgen, wenn er sein Café eröffnet, nimmt er sich vor: „Ich werde geradestehen. Wenn sie reinkommen und von mir Schutzgeld verlangen, werde ich sagen: Nein! Koste es, was es wolle, ich werde nicht mitmachen.“

**Sommer 2020:** Ein Freund, der in der Immobilienwirtschaft tätig ist und auch Läden in Berlin vermietet, fragt ihn, ob er Schutzgeld zahle. „Nein, ich zahle nicht.“ – „Wie kommt es dazu, dass du kein Schutzgeld zahlst?“ Sein Freund ist völlig überrascht, mit einem Nein hat er nicht gerechnet. —



# Schutzgelderpressung als Instrument territorialer Kontrolle: Problembeschreibung und Gegenstrategien

Von Claudio La Camera

*Aus dem Italienischen übersetzt von Benno Plassmann.*

Mittels Schutzgelderpressung sichern sich Gruppen mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) nicht nur finanzielle Vorteile, sondern vor allem die Kontrolle über einen bestimmten Lokalraum. Welche Bedingungen tragen dazu bei, dass sich lokale Schutzgeldsysteme etablieren? Wie können Gesetzgebung, Verwaltung und Zivilgesellschaft reagieren?

Die meisten kriminellen Märkte (Drogenhandel, Korruption, Menschenhandel, Umweltkriminalität etc.) benötigen eine Form territorialer Kontrolle, in einigen Fällen auch ein gewisses Management des gesellschaftlichen Konsenses. Das typische Verbrechen, durch das mOK-Gruppen ein Territorium kontrollieren, ist die Schutzgelderpressung. Bei traditionellen Mafien (wie den italienischen) sind Schutzgeldsysteme *das* Werkzeug, um einen symbolischen und repressiven Machtapparat aufzubauen, der zentrale Aspekte des täglichen Lebens der Bewohner\*innen eines Lokalraums kontrolliert. Dasselbe gilt für andere Gruppen mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK), etwa für die mexikanischen und kolumbianischen mOK-Gruppen – und offenbar auch für deutsche. Wie Schutzgeld erpresst und eingefordert bzw. gezahlt wird, kann unterschiedlich aussehen.

Analytisch gesprochen, geht es bei Schutzgeldsystemen im Kern nicht unbedingt um die konkrete Zahlung eines Geldbetrages: Es geht darum, dass sich die Betroffenen mit der Übergabe eines Zeichens in das Machtsystem ein- bzw. sich diesem unterordnen; dass sie damit anerkennen, dass das Gegenüber verantwortlich ist für ein bestimmtes Territorium. Kriminelle

Gruppen verändern so die strukturellen Bedingungen des wirtschaftlichen und allgemeinen gesellschaftlichen Lebens, sie schüren Angst und drängen Bürger\*innen dazu, Allianzen mit ihnen zu bilden.

Hat eine mOK-Gruppe die unbestrittene Herrschaft über ein Territorium inne, kann sie ihre Macht uneingeschränkt ausüben. Alle ökonomischen oder gesellschaftlichen Aktivitäten, die von den dortigen Bewohner\*innen geplant werden, haben dann die Zustimmung der mOK-Gruppe zur Bedingung: sei es die Eröffnung neuer Geschäfte oder die Einstellung von Mitarbeitenden, sei es die Renovierung eines Hauses oder die Inanspruchnahme eines Kredits. Die Gruppe kann nun über alle wirtschaftlichen und unternehmerischen Aktivitäten derjenigen Personen, die dem jeweiligen sozial-territorialen Kontext angehören, bestimmen. Ihr Einfluss erstreckt sich dabei zum einen auf die lokale Ebene, zum anderen aber kann er natürlich – mittels weiter reichender wirtschaftlicher Beziehungen – auch über den ursprünglichen Lokalraum hinausreichen. Der symbolische Wert der Schutzgeldzahlung ist manchmal sogar wichtiger als der finanzielle, insbesondere wenn es um die ärmsten Bevölkerungsschichten geht. Vor ihnen präsentieren sich mOK-Gruppen gerne als große Unternehmer, die Arbeit und Sicherheit böten.

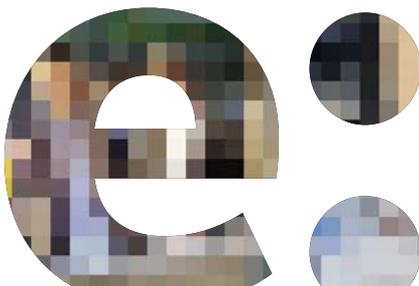
Hinter Schutzgeldbeziehungen verbirgt sich immer ein parasitäres System, das im Laufe der Zeit das gesamte lokale Wirtschaftssystem vergiftet. So können mOK-Gruppen zum Beispiel bei Liquiditätskrisen eingreifen, und mit Wucherkrediten verzerren sie die wirtschaftlichen Aktivitäten. Die kriminelle Gruppe präsentiert sich dabei zunächst als zuverlässiger Gesprächspartner, der „Schutz“ bietet, auch um Streitigkeiten rasch beilegen zu können. Nach und nach aber verschlingt die mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) buchstäblich jene Unternehmen, denen sie Kredite gewährt hat. Dieses Herrschaftsverhältnis, das auf einer Form des gesellschaftlichen Konsenses (s. u.) gründet, schafft so eine Art Staat im Staat. Schutzgeldsysteme sind daher als eine wesentliche Bedrohung für die Rechtsstaatlichkeit, die demokratische Kultur und das Ziel sozialer Gerechtigkeit anzusehen.

# Die Normalisierung krimineller Strukturen

Wenn Schutzgeldzahlungen systematisch und über einen längeren Zeitraum erfolgen, gibt es eine starke Tendenz hin zur Normalisierung von Kriminalität. Jemand anders für die eigene Existenz- und Überlebenschance zu bezahlen, wird dann genauso normal, wie Steuern zu zahlen. Unternehmen behandeln Schutzgelderpressungen dann als vorhersehbare und normale Kosten und speisen sie (versteckt) in die Bilanzen ein.

Analytisch gesprochen, gründen Schutzgeldsysteme auf der Beziehung zwischen einem starken Subjekt und einem schwachen Subjekt. Dabei wenden die dominierten und die dominierenden Subjekte dieselben Denkkategorien und kulturellen Codes an, wodurch diese quasi als „natürlich“ erscheinen. Die Dominierten passen sich also den Dominierenden an. Denn ihr soziales Sein – die Art und Weise, wie sie sich selbst wahrnehmen und sich auf andere beziehen – hängt von den begrifflichen Kategorien ab, die ihnen von den Dominierenden auferlegt werden.

Etwas einfacher formuliert: Dass sich Schutzgeldsysteme normalisieren, ist auch Resultat einer gesellschaftlichen Realität, in der keine nennenswerten Alternativen zur Kriminalität existieren. Ein schwacher oder korrupter Staat, fehlendes Vertrauen in Institutionen, ein Mangel an allgemeiner demokratischer Kultur, eine schwache und stagnierende Wirtschaft sind Faktoren, die Bürger\*innen dazu bringen können, die Gegenwart als unveränderbar wahrzunehmen. Angesichts einer Gegenwart, die unveränderbar erscheint, und einer Zukunft, die deshalb undenkbar wird, scheint das beste Überlebensprinzip zu sein: sich der Realität anzupassen und gegebenenfalls eben auch illegales Verhalten als normal zu betrachten. Straftaten bzw. kriminelle Strukturen gelten also als normal und werden akzeptiert, weil sie für das wirtschaftliche und soziale Überleben von Bedeutung sind. Die Normalisierung ist besonders ausgeprägt, wenn es *etablierte* mOK-Gruppen sind, die Schutzgeld erpressen.



# Konsens, sozialer Gehorsam und Kontrolle

Mafiöse Rhetorik bezieht sich zentral auf verfälschte, aber oft positiv konnotierte Mythen und/oder Werte wie Ehre, Widerstand sowie Gehorsam gegenüber „dem Chef“. Auf dieser Grundlage können Schutzgeldsysteme, mit ihrer einschüchternden und erpresserischen Dynamik, einen neuen gesellschaftlichen Konsens schaffen: Es entsteht eine Form sozialen Gehorsams. Dessen Bedeutung kann die der wirtschaftlichen Ziele durchaus übertreffen. So belegen zahlreiche in Italien durchgeführte Ermittlungen und Studien, dass das Hauptziel von Schutzgeldsystemen tatsächlich die Kontrolle eines Lokalraums ist – und nicht notwendigerweise die finanzielle Bereicherung an sich.

Erste Schritte in das Schutzgeldsystem hinein basieren gar nicht immer auf Gewalt. Oft sind es eher verführerische Angebote, während Gewalt nur als seltener Extremfall aufscheint. Wichtig dafür sind bestimmte Mythen über die Mafia, die geschaffen und gestärkt werden: etwa der Mythos des Banditen, der gegen die Ungerechtigkeiten des Staates vorgeht, der sich gegen gesellschaftliche Benachteiligungen wehrt, der den Schwachen und Notleidenden hilft oder der Arbeit findet für jene, die aus dem Gefängnis kommen. So entsteht eine starke soziale Toleranz gegenüber mOK-Gruppen, ihr Verhalten wird gerechtfertigt und normalisiert. Dass in vielen Spielfilmen das kriminelle Rekrutierungsverfahren für junge Leute mit der Schutzgelderpressung als erstem Job beginnt, ist gewiss kein Zufall.

## Juristische Gegenstrategien

Die Koordinierungsstelle EMPACT (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats) legte im Oktober 2020 eine vertrauliche Studie zum Organisierten Verbrechen auf EU-Ebene vor. Daran anschließend wurde im April 2021 die EU-Strategie gegen Organisierte Kriminalität verabschiedet, mit der dieses kriminelle Phänomen EU-weit als ernsthafte Bedrohung anerkannt wird.

Die EMPACT-Studie definiert Schutzgelderpressung als wichtige Facette mafiöser Organisierter Kriminalität (mOK) und benennt die folgenden Hauptarten von Schutzgeldsystemen:

- die typische Schutzgelderpressung durch traditionelle mOK-Gruppen, die ein Territorium kontrollieren;
- die Schutzgelderpressung innerhalb kultureller Gruppen (etwa in der chinesischen Community in Spanien oder Italien), um diese zu kontrollieren;

- die Erpressung durch wirtschaftliche Kartelle, Angestellte in Großunternehmen oder Verwaltungsmitarbeiter\*innen, was als korruptives Schmiergeld-System analysiert werden kann. Die betreffenden Personen sind nicht immer mOK-Mitglieder; sie sind eher dem als Grauzone zu bezeichnenden typischen Bereich der Mittäterschaft, der Nachbarschaft zu mOK-Gruppen oder der Kollusion (unrechtmäßige geheime Win-win-Absprachen zum Schaden Dritter) zuzurechnen.

Wirksame Gegenstrategien existieren weltweit bislang aber nur wenige. Ein umfassender rechtlicher und institutioneller Rahmen zugunsten der Opfer von Schutzgelderpressung wurde in Italien geschaffen. Er umfasst:

- die finanzielle Unterstützung der Opfer;
- die Einrichtung von Organisationen, die Schutzgelderpressung bekämpfen;
- die Einrichtung spezialisierter Polizeieinheiten;
- Zeugenschutzsysteme;
- die Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle im Kampf gegen Schutzgeldsysteme.

Juristisch ist das Verbrechen der Erpressung in Artikel 629 des italienischen Strafgesetzbuches geregelt; demnach wird bestraft, „wer durch Gewalt oder Drohung jemanden zwingt, etwas zu tun oder zu unterlassen, sich oder anderen einen ungerechtfertigten Gewinn verschafft und damit anderen Schaden zufügt“. Die Strafen sind hoch, sie reichen von fünf bis zu zehn Jahren Gefängnis. Die Bestrafung fällt härter aus, wenn das Vergehen eine Mafia-Komponente hat.

Bereits 1990 hat das italienische Parlament das Gesetz 302/1990 verabschiedet. Es legte fest, dass die Opfer der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus vom Staat entschädigt werden müssen. Dies wurde folgendermaßen begründet: Tatsächlich würden die Verbrechen der Mafien gegen den Rechtsstaat verübt – folglich müssten die öffentlichen Institutionen Opfer der Mafien schützen und unterstützen. Im italienischen Modell der Bekämpfung der Schutzgelderpressung beziehen sich die öffentliche Hand und die Zivilgesellschaft in ihrem Handeln kooperativ aufeinander.

# **Das italienische Modell der Bekämpfung mafiöser Schutzgelderpressung im Detail**

Die italienische Gesetzgebung hat auf der institutionellen Ebene folgende vier Elemente geschaffen, um Schutzgelderpressung zu bekämpfen.

## **1 — Beauftragte\*r für die Koordinierung von Initiativen, die Schutzgelderpressung und Wucher bekämpfen**

Die beauftragte Person trägt die Verantwortung dafür, alle Initiativen gegen Schutzgeldsysteme und Wucher zu koordinieren. Sie muss nicht Angehörige\*r der öffentlichen Verwaltung sein, sondern kann aus dem Kreis all jener ausgewählt werden, die Erfahrung in der Bekämpfung von Schutzgeld und Wucher und in der solidarischen Unterstützung der Opfer haben.

## **2 — Der Solidaritätsfonds**

Der Staat unterstützt und fördert die Tätigkeit von Anti-Schutzgeld-Ver-einen; diese beraten zum Beispiel Betroffene von Schutzgeldsystemen vertraulich zu Fragen der persönlichen Sicherheit. Mit dem Gesetz Nr. 44 (Bestimmungen zum Solidaritätsfonds für Schutzgeld- und Wucheropfer) vom 23. Februar 1999 wurde ein Solidaritätsfonds eingerichtet, der diese Maßnahmen ergänzt. Dabei wurden die Modalitäten der Entschädigungszahlungen neu gefasst, sodass den betroffenen Personen wirtschaftliche Sicherheit garantiert wird. Zu diesem Zweck hat das italienische Parlament eine Reihe von Regeln verabschiedet, mit denen die folgende Grundidee verfolgt wird: all jene Erpressungsoffer zu entschädigen, die beschlossen haben, die Schutzgeldzahlungen einzustellen, gegen ihre Erpresser\*innen auszusagen und mit den Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen Schutzgeldsysteme zusammenzuarbeiten. Im Jahr 2012 wurde der Solidaritätsfonds für Schutzgeldopfer mit dem Fonds für die Opfer von Wucher zusammengelegt. Die Zuwendung aus diesem gemeinsamen Fonds soll allen, die durch Erpressung Personen- oder Unternehmensschäden erlitten haben, ermöglichen, eine Geschäftstätigkeit neu aufzunehmen oder fortzuführen.

Das besagte Gesetz Nr. 44 liefert eine Typologie von Erpressungsoffern und erstattungsfähigen Schäden, außerdem eine Vorgehensweise zur zügigen Auszahlung der Hilfsbeträge. Geschädigte können die gesetzlichen

Leistungen beantragen, wenn sie durch (Schutzgeld-)Erpressung daran gehindert wurden, eine unternehmerische, gewerbliche, handwerkliche oder anderweitige wirtschaftliche Tätigkeit oder einen freien künstlerischen oder sonstigen freien Beruf auszuüben. Sofern die geschädigte Person zustimmt, kann der Antrag auf entsprechende Leistungen nun auch von den nationalen Berufsverbänden oder von Anti-Schutzgeld- und Anti-Wucher-Vereinen gestellt werden – auch dies eine wichtige Neuerung des Gesetzes Nr. 44. Zum Kreis der Personen, die aus dem Solidaritätsfonds Leistungen erhalten können, gehören neben den eigentlichen Erpressungsopfern nun: a) Mitglieder der Anti-Schutzgeld-Vereine; b) geschädigte Dritte; c) Hinterbliebene. Die erweiterten Regelungen zur Antragstellung sollen gewährleisten, „dass Opfer so wenig wie möglich bloßgestellt werden“ und eine Entschädigung sicher erhalten.

Was die Fristen für die Beantragungen von Leistungen aus dem Solidaritätsfonds betrifft, gilt Folgendes: Entscheidend ist das Datum der Anzeige bei den Strafverfolgungsbehörden oder aber der Zeitpunkt, an dem die betroffene Person davon Kenntnis erlangt hat, dass staatsanwaltschaftliche Vorermittlungen von einer Straftat mit dem Ziel der Erpressung als Ursache des schädigenden Ereignisses ausgehen (Art. 7 Abs. 1 Präsidium, Dekret 455/99); ab dann hat die betreffende Person 120 Tage Zeit, um ihren Antrag zu stellen.

### **3 — Das Solidaritätskomitee für die Opfer von Schutzgelderpressung und Wucher**

Das Komitee, eingesetzt vom Innenministerium, prüft die Anträge auf Zahlung aus dem Solidaritätsfonds und entscheidet darüber. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus: jeweils einer Person, die das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium vertritt; drei Mitgliedern, die der CNEL (Nationaler Rat für Wirtschaft und Arbeit) alle zwei Jahre neu ernennt, um die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu repräsentieren; drei Mitgliedern der Anti-Schutzgeld- und Anti-Wucher-Verbände, ebenfalls zwei Jahre lang im Amt; einer Person, die die *Consap* (Vertretung öffentlicher Versicherungsleistungen) vertritt, ohne Stimmrecht.

Der Kampf gegen Schutzgeldsysteme in Italien nahm seinen Anfang unter großen Opfern. Der Preis, den die Zivilgesellschaft zahlte – und oftmals weiterhin zahlt –, ist sehr hoch. Einer der Unternehmer\*innen, die gegen Schutzgeld rebellierten, war Libero Grassi aus Palermo. Er wurde 1991 ermordet, nachdem er sich geweigert hatte, einen Teil seines Gewinns als Schutzgeld an eine lokale mOK-Gruppe zu zahlen. Da Grassi seinen privaten Kampf in den Medien öffentlich gemacht hatte, löste sein Tod eine Welle des Unmuts im ganzen Land aus. Seitdem beteiligt sich der italienische Industriellenverband *Confindustria* bei allen Gerichtsprozessen zu organisierter Erpressung als Nebenkläger. Das Europäische Parlament

verabschiedete am 12. September 1991 eine Resolution über die Ermordung des sizilianischen Geschäftsmanns. Daraufhin sah sich das italienische Parlament genötigt, im Februar 1992 das erste Anti-Schutzgeld-Gesetz zu verabschieden.

#### **4 — Das Schutzprogramm für (Kron-)Zeug\*innen**

Der Kampf gegen mafiöse Organisierte Kriminalität (mOK) und Schutzgeldsysteme ist ohne ein wirksames System zum Schutz von Zeug\*innen und Kronzeug\*innen undenkbar. Dies lehrt nicht nur die italienische Geschichte, sondern auch der Kampf gegen die ursprünglich aus Sizilien stammende Cosa Nostra in den USA. Dort ist seit den 1970er-Jahren ein entsprechendes Gesetzeswerk entstanden, das der Unterwanderung vieler Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch kriminelle Organisationen begegnet; neben dem italienischen bietet so auch das amerikanische Modell ein Beispiel für die Entwicklung eines wirksamen Zeugenschutzsystems. In Italien wurde eine erste diesbezügliche Bestimmung bereits 1930 im Strafgesetzbuch verankert. Es sollte jedoch noch sehr lange dauern, bis ein effektiver staatlicher Zeugenschutz aufgebaut sein würde, nämlich mit dem Gesetz Nr. 82 vom 15. März 1991. Wie die meisten italienischen Antimafia-Gesetze war auch dieses eine Notfallreaktion auf die von den Mafien ausgehenden Gefahren.

Nach Maßgabe des Gesetzes 82/1991 wurde innerhalb des Innen- und des Justizministeriums eine zentrale Kommission zum Schutz von Zeug\*innen und Kronzeug\*innen eingerichtet; diese bewertet die Gefahren- und Bedrohungslagen der entsprechenden Personen. Außerdem wurde ein im Innenministerium angesiedeltes zentrales Schutzreferat geschaffen; das von ihm betreute Schutzprogramm ermöglicht Betroffenen eine vorübergehende oder dauerhafte Änderung der Identität und/oder des Aufenthaltsorts, ebenso finanzielle Unterstützung und Resozialisierung. Für Kronzeug\*innen wurde die Möglichkeit verkürzter Haftstrafen eingeführt; die entsprechenden Regelungen orientieren sich stark am US-amerikanischen Zeugenschutzprogramm.

Nach offiziellen Angaben stehen in Italien mehr als 6000 Menschen unter dem Schutz des Referats. Dies hat zu bedeutenden Erfolgen im Kampf gegen die Mafia geführt. Deutlich wurden aber auch zahlreiche Fehler im System, vor allem was den Schutz der Familien der Opfer betrifft. Außer Frage steht jedenfalls, dass ein solches Programm eine unabdingbare Voraussetzung für einen wirksamen Aktionsplan gegen Schutzgeldsysteme ist: Wenn Anzeige erstattet werden soll, müssen aussagebereite Opfer oder Zeug\*innen wirksam geschützt werden.

## Die Rolle der Zivilgesellschaft

Die italienischen Behörden sind durch die nationale Gesetzgebung dazu verpflichtet, zivilgesellschaftliche Organisationen ideell zu fördern und finanziell zu unterstützen, die gegen Schutzgelderpressung arbeiten, indem sie Betroffenen helfen. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist eine Anzahl von entsprechenden NGOs entstanden: Zunächst schlossen sich mehrere kleine Unternehmen zusammen und gründeten Anti-Racket-Vereine, aus denen der landesweite italienische Anti-Racket-Verband *FAI* hervorging. Über die Jahre kamen weitere italienweit operierende Anti-Schutzgeld-Verbände hinzu: *Addiopizzo*, *Libera* und *SOS Impresa*. Das Engagement der Zivilgesellschaft hat in ganz Süditalien viel bewirkt, insbesondere in Sizilien und Kampanien. Ein Beispiel ist die von *Addiopizzo* („Tschüss Schutzgeld“) angestoßene erfolgreiche Kampagne für kritischen Konsum: Ein stetig wachsendes Netzwerk von Unternehmen ist entstanden, die sich offen gegen Schutzgeldsysteme positionieren und dadurch kritische Konsument\*innen ansprechen.

Die Kooperation zwischen öffentlichen Stellen auf kommunaler, regionaler und nationalstaatlicher Ebene einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits ist von zentraler Bedeutung im Kampf gegen Schutzgelderpressung. Was die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gegen mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) betrifft, muss allerdings auch auf Folgendes hingewiesen werden: Die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen mOK einerseits, repressive Strategien der mOK-Bekämpfung durch die Strafverfolgungsbehörden andererseits sind in der Vergangenheit auch immer wieder miteinander in Konflikt geraten. Vor allem jene Teile der italienischen Justiz, die sich in ihrer Arbeit von politischen Logiken leiten ließen, haben gefährliche Konflikte mit großen Teilen der demokratischen Zivilgesellschaft heraufbeschworen und den Kampf gegen mOK stark behindert. Nichtsdestotrotz ist die Kooperation zwischen öffentlichen Stellen und der Zivilgesellschaft auf jeden Fall die vielversprechendste Basis für den Kampf gegen Schutzgelderpressung und gegen die kriminellen Machtssysteme, die darauf aufbauen. —



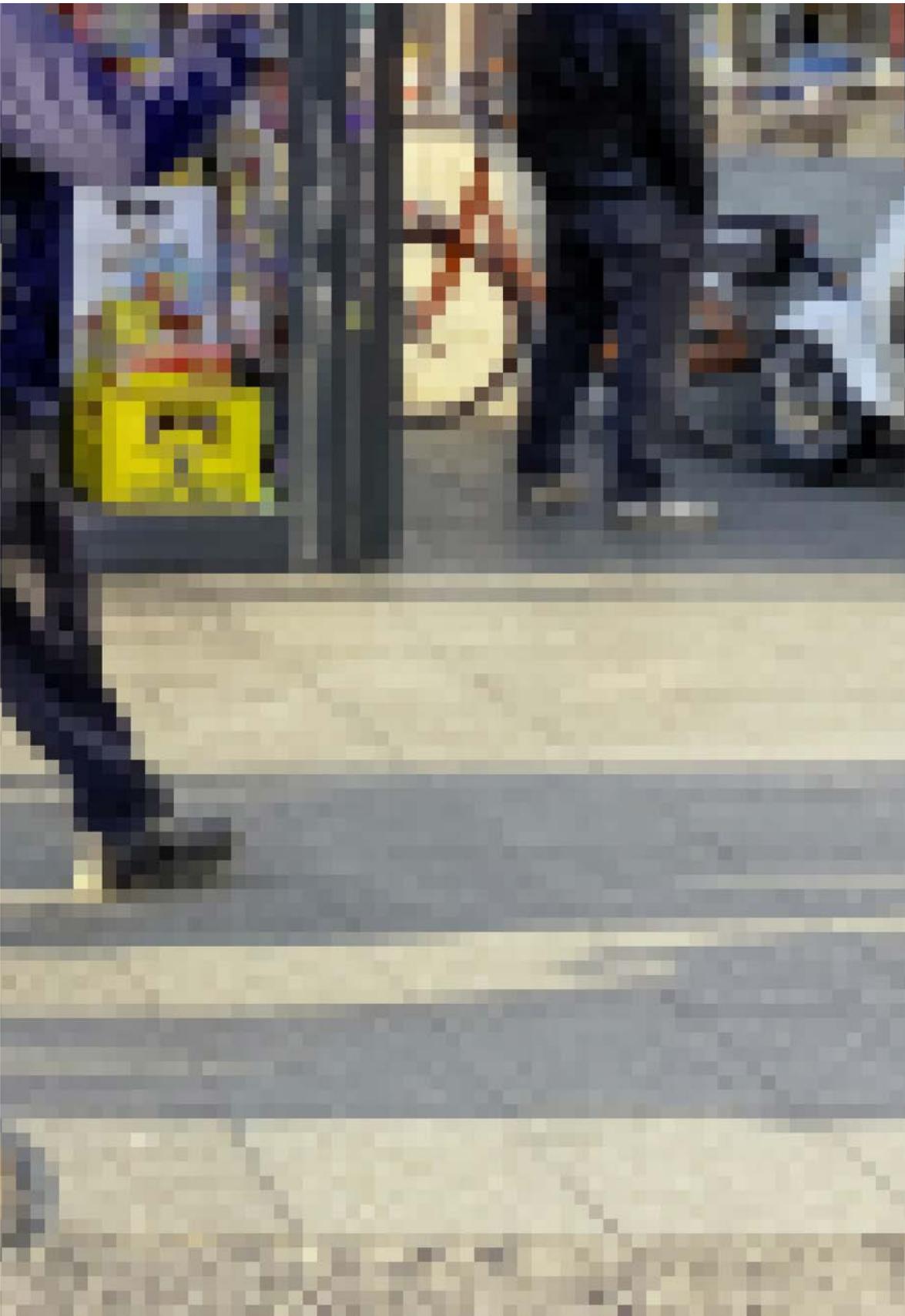


**I**n meinem Haus sind zwei Läden, ein Restaurant und ein Café. Das Restaurant ist schon seit den 60er-Jahren da, wenn der Besitzer kommt, parkt er sein Auto in der Einfahrt, dann kommen keine anderen Autos mehr vorbei. Er macht das auch, wenn Parkplätze frei sind. Wir haben schon mehrmals mit der Hausverwaltung gesprochen, die sagt: Mit dem legt sich keiner an. Sie wissen um das Problem, aber, nun ja, er sei halt vorher da gewesen mit seinem Restaurant, und außerdem habe er eine Geschichte mit dem Eigentümer. Und so weiter. Manchmal steht sein Auto drei Stunden da. Sogar meine Kinder fragen, was das soll, denn auch zu Fuß kommt man kaum vorbei.

Der besagte Besitzer kommt immer wieder mit neuen Mietern des Cafés an. Der Laden gehört ihm eigentlich gar nicht – wie genau das Ganze funktioniert, weiß ich nicht. Die Hausverwaltung jedenfalls gibt offen zu, dass sie machen, was er will. Die Cafés wechseln alle ein bis zwei Jahre. Immer wenn es neue Betreiber gibt, wird erst mal sechs Monate lang renoviert. Dann hat das neue Café ein paar Monate auf, und dann ist der Laden wieder zu. Es ist jedes Mal dasselbe, und immer ist es ein Eiscafé, und immer wird renoviert.

Den neuen Besitzer frage ich, was los ist. Er erzählt, dass sein Bekannter ihm den Mietvertrag zu wirklich guten Bedingungen verschafft hat, nicht mal eine Kautionsmusste er zahlen. Deshalb hat er bei der Renovierung dessen Leute beauftragt. Eine Hand wäscht die andere. Die Rechnungen für die Renovierung waren viel zu hoch gewesen, aber sein Bekannter lieh ihm Geld dafür. Das musste er dann zurückzahlen plus Geld für die Vermittlung der Handwerker, dabei waren die viel teurer als vereinbart. Am Ende war er richtig verschuldet, er konnte keine Mitarbeiter einstellen, seine Frau hat im Laden mitgearbeitet, anders schafft man das ja nicht. „Ich schaffe das nicht mehr“, hat er zu mir gesagt, „ich will nur noch raus“. Und dass er nicht wisse, was er nun tun soll.

Inzwischen arbeitet er woanders, um die Schulden bei seinem Bekannten abzubezahlen. Der hat ihm auch den neuen Job besorgt. Ich glaube, das hat System. Und ich glaube, wir sehen es überall, und gleichzeitig sehen wir weg. —



# Schutzgelderpressung in Deutschland: ein Überblick

Von Burcu Başdinkçi und Benno Plassmann

Seit den 1990er-Jahren berichten wichtige deutsche Medien wie der Spiegel über das in Deutschland existierende Phänomen der Schutzgelderpressung; einige Journalist\*innen wie Jürgen Roth oder später Petra Reski machen seitdem auf das Problem aufmerksam, zum Teil breit rezipiert. Mindestens innerhalb der italienischen Community wurden schon damals Gastronom\*innen von der italienischen mafiösen Organisierten Kriminalität (mOK) bedroht; wenn sie das erpresste Schutzgeld nicht zahlten, wurden ihre Lokale in Brand gesetzt (Gabbe 2021).

Dennoch bleibt das Thema Schutzgelderpressung für den deutschen Kontext bis heute wenig erforscht, die empirische Forschungslage ist äußerst mangelhaft. Und auch in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft spielt nach Aussagen von Prof. Dr. Martin Heger (Humboldt-Universität zu Berlin) der § 253 (4) StGB „kaum eine Rolle“, obwohl dort definiert wird, dass ein „besonders schwerer Fall [von Erpressung] in der Regel vorliegt, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung einer Erpressung verbunden hat“.<sup>1</sup>

Dieser Beitrag liefert eine kurze Übersicht über das Thema Schutzgeld. Grundlage sind eine Auswahl vorhandener wissenschaftlicher Veröffentlichungen und journalistische Beiträge aus den vergangenen fünf bis zehn Jahren; dazu kommen beispielhafte Recherchen auf Online-Plattformen.

---

1 Interview mit Prof. Dr. Martin Heger im Januar 2022, geführt von Benno Plassmann.

## Betroffene und Täter\*innen

Für die letzten zwei Jahrzehnte sind es vor allem journalistische Beiträge, die von verschiedenen Fällen der Schutzgelderpressung in Deutschland berichten (RP Online 2010; B.Z. 2016; Heine 2018; Spiegel 2008; Fannrich-Lautenschläger 2017; Schulze 2018). Folgt man der medialen Berichterstattung, so sind besonders Restaurants und Kneipen, Blumenläden, Bordelle und Swingerclubs stark betroffen. Darüber hinaus tauchen aber auch weitere Gewerbe – Kioske, Friseurbetriebe, Nagelstudios, Tattoostudios, Glücksspielgewerbe, Saunen und Hostels – auf. Als Verantwortliche für die Schutzgelderpressung werden meist organisierte Rockergruppen (z.B. die Hells Angels), Mafien unterschiedlicher „ethnischer“ Communitys und sogenannte „Clans“ ausgemacht oder vermutet.

Die bekannte Immobilienplattform Immobilienscout24 befragte im September 2018 ihre Nutzer\*innen zum Thema Schutzgelderpressung. 18 Prozent der befragten 120 Gewerbetreibenden bestätigten, „dass von ihnen schon einmal Schutzgeld verlangt wurde“ (Immobilienscout24 2019). Dieses Ergebnis ist ein Indikator dafür, dass Schutzgelderpressung im gewerblichen Raum ein größeres Problem darstellen könnte als bislang angenommen. Auch in den Interviews, die Echolot für die Studie *Mafiöse Organisierte Kriminalität in Berlin. Eine Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft* führte (INSP 2020), wurde das Thema Schutzgeld mehrfach angesprochen.

## Formen der Erpressung

Schutzgeldsysteme funktionieren häufig bereits durch bloße Einschüchterung und dadurch, dass Gewalt oder die Zerstörung des eigenen Geschäfts angedroht wird. Aber auch die direkte Gewaltanwendung gegenüber den Betroffenen von Schutzgelderpressung und deren Angehörigen spielt eine Rolle, ebenso die tatsächliche Beschädigung von Eigentum und Gewerberäumen (Spilcker 2021; Gabbe 2021).

Neben der „klassischen“ Erpressung von Geld wird Schutzgeld auch in verschiedenen anderen Formen erpresst und übergeben. Dazu zählen erzwungene (Schein-)Liefer- und Dienstverträge, die Gewerbetreibende zum Kauf und Verkauf bestimmter Produkte – meist übersteuert und von schlechter Qualität – zwingen. Ebenso gehören dazu die erzwungene Anstellung von Sicherheitspersonen (z.B. in der Clubszene), Formen der Produkterpressung, erzwungene kostenlose Dienstleistungen (z.B. Autos lackieren) und der Zwang zur „Schließung, Veräußerung, Verlegung oder Beschränkung“ eines Gewerbes (IHK Schleswig-Holstein o. J.; Moseschus 2004: 11; Heine 2018; Fannrich-Lautenschläger 2017; Spilcker 2021). Einiges davon dient auch dazu, ein Geldwäschesystem zu errichten (Fannrich-Lautenschläger 2017).

## Digitale Schutzgelderpressung

Eine weit verbreitete Form der Schutzgelderpressung, die seit Beginn der Corona-Pandemie erheblich zugenommen hat, ist das sogenannte digitale Schutzgeld (IHK Schleswig-Holstein o. J.; Koch 2021). Digitale Schutzgelderpressung wird dem Bereich Cyber-Kriminalität zugeordnet. Der Präsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm ruft für einen Teilbereich der Informationssicherheit „Alarmstufe Rot“ aus (Koch 2021).

Die bekannteste Form digitaler Schutzgelderpressung sind DoS-Attacken (oder DDoS: Distributed Denial of Service) (Lutz 2019; BSI 2021). Hierbei verschaffen sich Hacker\*innen Zugang zu den Computersystemen von Restaurants, Unternehmen, Krankenhäusern, Verwaltungen etc., um diese auszuschalten oder zu sabotieren (z.B. Sitzplatzreservierungen in Restaurants); dann wird Löse- oder Schutzgeld erpresst, um die Computersysteme wieder nutzbar zu machen (Lutz 2019; Nagel/Votsmeier 2021; BSI 2021; Dick 2016). Ähnlich verhält es sich bei Angriffen mit sogenannter Ransomware (*ransom* bedeutet Lösegeld): Nachdem mittels Erpressungssoftware die Daten der Betroffenen verschlüsselt und unzugänglich gemacht wurden, werden Schweige- und Lösegeldforderungen erhoben.

## Schutzgeld in der Musikindustrie

Auch im Hinblick auf die Musikindustrie wird in den letzten Jahren vermehrt über Schutzgeld gesprochen. Von vielen Rapper\*innen wird behauptet, dass sie Schutzgelder an mOK-Gruppen (z.B. an Ruckerclubs oder sogenannte „Clans“) zahlen, manche davon kokettieren fast schon mit dem Thema. Es gibt gar die Annahme – oder den Mythos –, dass sämtliche Deutsch-Rapper\*innen hinter sich Personen hätten, die auf kriminelle Weise mitprofitierten. Forciert wurde sie „durch Medienberichte, die der deutschen Rap-Szene eine Mitschuld für das Aufkommen finanzstarker krimineller „Clans“ geben“ (Hallenstein 2022). Empirische Forschung hierzu existiert bislang nicht, und selten ist eine Schutzgelderpressung tatsächlich nachgewiesen – was aber auch mit dem möglichen Schweigen Betroffener zusammenhängen kann.

## Vertrauen in Staat und Polizei?

Ende der 1990er-Jahre wurden im Rahmen einer rechtssoziologischen Forschung mehrere Gastronom\*innen befragt, die tatsächlich oder potenziell Betroffene von Schutzgelderpressung waren bzw. werden konnten: „Enttäuschend, aber immer noch vertrauenswürdig: Schutzgelderpressungen und das Vertrauen in Recht und Politik“ (Ohlemacher 1999). Es ging dabei um die Frage, inwiefern das Vertrauen in die „sozialen Systeme des Rechts und der Politik“ durch nicht erfüllte Erwartungen – „z.B. die einer ausreichenden Prävention bzw. wirksamen Verfolgung von Kriminalität“ – zu zerbrechen drohte. Es stellte sich heraus, dass das Vertrauen der Gastronom\*innen in die sozialen Systeme damals „äußerst stabil“ war. Anzumerken ist, dass die Studie nicht dem Phänomen Schutzgeld als solchem gewidmet war. Dennoch bietet sie aufschlussreiche Informationen sowohl über eine bestimmte Gruppe (potenziell) Betroffener, nämlich Gastronom\*innen, als auch zur Frage des Vertrauens in staatliche Institutionen beim Umgang mit Schutzgelderpressung.

Welche Aussagekraft die Studie für die heutige Situation, zwanzig Jahre nach ihrem Erscheinen, hat, müsste durch neue Untersuchungen geklärt werden. Dass viele Betroffene über ihre Erpressung nicht sprechen können oder möchten und dass sie diese oft nicht zur Anzeige bringen, ist der Polizei bekannt. Für die Entscheidung, nicht zur Polizei zu gehen, kann es verschiedene Gründe geben, wie in den Interviews für die Echolot-Studie zu mOK in Berlin (INSP 2020) deutlich wurde und wie Claudio La Camera in der vorliegenden Veröffentlichung herausgearbeitet hat. Angst und die Bedrohungslage von Betroffenen können so groß sein, dass diese sich nicht trauen, sich zu wehren. Oder aber das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden ist nicht in ausreichendem Maß vorhanden. Auch sind manche Betroffene selbst in kriminelle Situationen verwickelt und bewegen sich im Graubereich mafioser Organisierter Kriminalität (mOK) – und können sich deshalb schlecht an die Polizei wenden. Für die Polizei erschwert sich dadurch die Bekämpfung von Schutzgelderpressung, und die Dunkelziffer der Betroffenen steigt (B.Z. 2016; Schneider 2020).

Auch in der Rechtsprechung und der darauf fußenden Kriminalstatistik kommt Schutzgelderpressung als Thema wenig vor. Systematische Schutzgelderpressung könnte zwar in Deutschland unter § 253 (4) (bandenmäßige Erpressung) gefasst werden. Nach Aussagen des Strafrechtswissenschaftlers Prof. Dr. Martin Heger wird „bei gravierenden Fällen in der Rechtsprechung allerdings wegen des möglichen höheren Strafmaßes eher nach § 249/250 StGB (Raub) oder § 255 StGB (räuberische Erpressung) geurteilt“.<sup>2</sup> Im einzelnen Fall mag dies zu einer gegebenenfalls angemessenen höheren Strafzumessung führen; für die gesellschaftliche und politische Kommunikation folgt daraus jedoch eine statistische Unterrepräsentation des Phänomens der Schutzgeldsysteme.

## Wo finden Betroffene Informationen und Hilfe?

Eine Recherche auf der Frage-Antwort-Plattform finanzfrage.net zeigt, dass manche Betroffene Internetforen nutzen, um Hilfe und Informationen zu suchen. Betroffene erzählen dort zum Beispiel von Schutzgelderpressung in der Schule durch Mitschüler\*innen oder von der Erpressung einer Shishabar durch den Rockerclub Hells Angels. Geraten wird immer, zur Polizei zu gehen – aber auch angekündigt, dass dies nicht viel nützen werde (finanzfrage 2009/2013/2016/2018).

Information und Beratung durch eine öffentliche Stelle scheint bisher nur die Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein anzubieten, die sich als Anlaufstelle für Betroffene versteht. Hier wird über verschiedene Formen der Schutzgelderpressung informiert, und es werden (präventive und interventive) Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt (IHK Schleswig-Holstein o. J.). Daneben liefert die Immobilienplattform immobilien Scout24.de Informationen zu „Methoden und Abwehrstrategien für Gewerbetreibende“ bezüglich Schutzgelderpressung (Immobilien Scout24 2019). Solche Angebote sind ein Indiz dafür, dass im gewerblichen Raum ein Bedarf an allgemeinen und vertraulichen Hilfs- und Informationsangeboten bei Betroffenen von Schutzgelderpressung besteht. Darüber hinaus sind Handlungsempfehlungen zu Schutzgelderpressung im Bereich Aktiengesellschaften verfügbar, was auf die Relevanz und Aktualität des Problems auch in diesem Feld verweist (Jahn 2010).

---

2 Interview mit Prof. Dr. Martin Heger im Januar 2022, geführt von Benno Plassmann.

## Welche Hürden bestehen?

Aus dem Forschungsstand, der Medienberichterstattung und den Recherchen auf Onlineplattformen lassen sich Schlüsse ziehen zu den Hürden, die der Bekämpfung von Schutzgelderpressung im Wege stehen:

- Über Schutzgelderpressung wird zwar in einzelnen Fällen berichtet, alles in allem ist das Phänomen in Deutschland aber noch weitgehend unsichtbar und unerforscht.
- Es gibt kaum Informations- und Hilfsangebote und die bestehenden sind wenig verbreitet und schwer aufzufinden.
- Dazu kommt in manchen deutschen Bundesländern ein Personalmangel bei der Polizei.
- Viele Betroffene sprechen aus Angst nicht über die Erpressung und zahlen das Schutzgeld.
- Schutzgelderpressung ist in Deutschland in den Strafrechtsnormen und in der Rechtsprechung nur wenig effektiv gefasst. Betroffene müssen daher damit rechnen, dass die Täter\*innen nach einer Anzeige, die möglicherweise ohne strafrechtliche Konsequenzen bleibt, noch mehr Druck ausüben werden. Staatliche Institutionen bieten in diesem Fall kaum Schutz.
- Es fehlen staatliche oder zivilgesellschaftliche Maßnahmen, die das finanzielle Risiko abfangen würden, das Betroffene eingehen, wenn sie die Zahlung verweigern. Das übliche Vorgehen von mOK-Gruppen besteht darin, die Gewerberäume zu zerstören.<sup>3</sup> —

---

3 Die verwendete Literatur für diesen Beitrag finden Sie ab Seite 43.

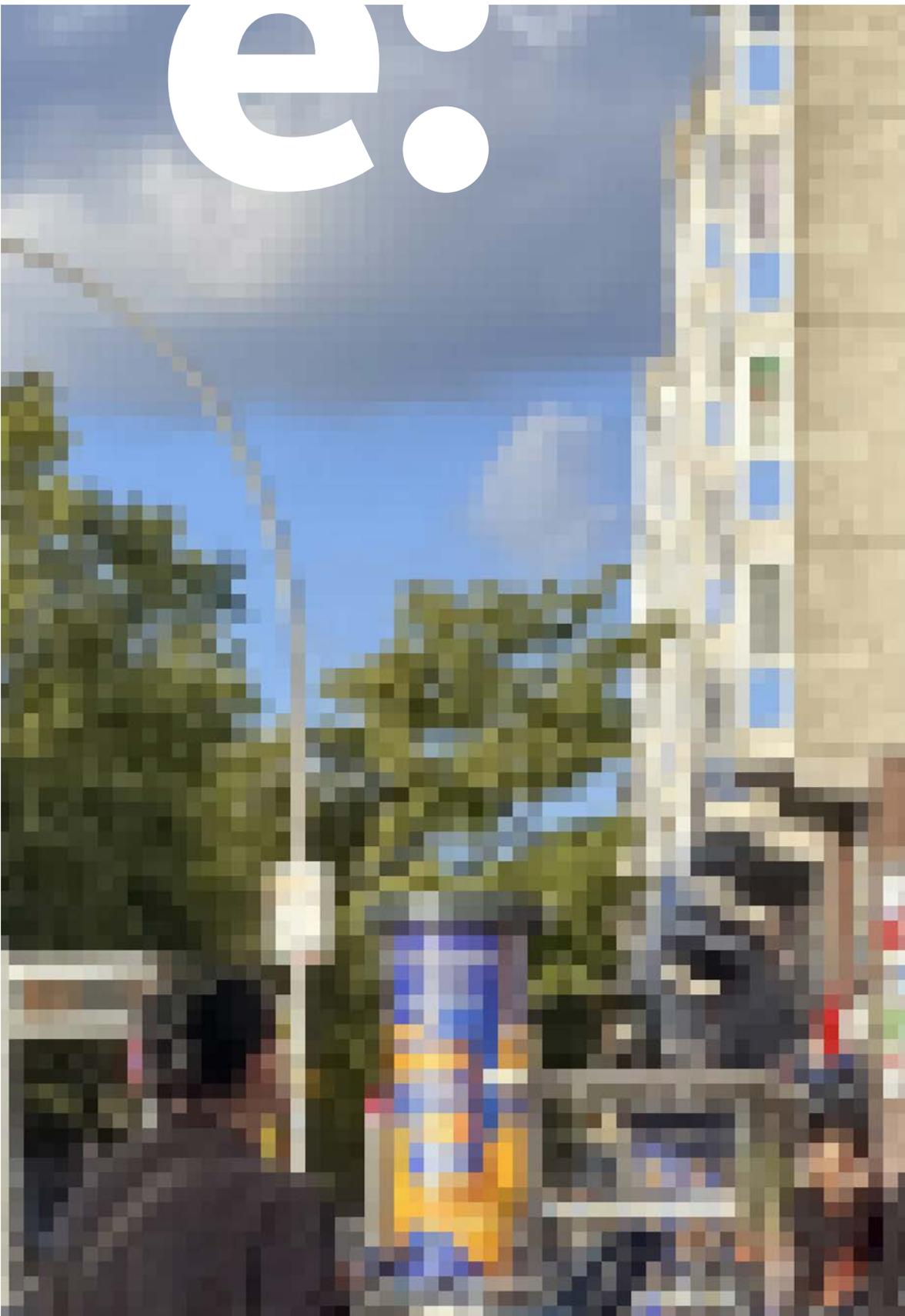
**Fünf Euro:** Geld war immer ein Thema. Es fehlte. „Gehst du einmal zum Späti – schon vorbei.“ Als er 17 ist, nimmt ihn ein Freund mit vor eine Spielhalle. Sein Freund, der aussieht, als wäre er schon 18, bittet ihn um fünf Euro und geht rein. Nach einigen Minuten kommt er zurück – mit 16 Euro. „Damals war das für mich viel Geld.“ Als er 18 wird, macht er sich sofort auf zur Spielhalle, nur fünf Minuten von zuhause entfernt. Eine Frau, die dort arbeitet, erklärt ihm ein Fruchtspielgerät. Sofort ein Glückstreffer: Er gewinnt 200 Euro. „Das war, als hättest du im Lotto gewonnen!“ Mit dem Gewinn geht er aus, essen und Shisha rauchen. Mit mehr Geld kann man mehr unternehmen. „Wenn du Geld hast, hast du auch Freunde.“ Er spielt seit 14 Jahren. „200.000, 250.000 Euro habe ich *safe* verspielt.“ Nie hat ihn das Personal angesprochen, nie auf Angebote zum Thema Spielsucht aufmerksam gemacht. Auch viele seiner Freunde spielen Automat oder setzen auf Sportwetten. 70 Prozent, schätzt er, und dass die Hälfte davon spielsüchtig ist. „Unsere Probleme sind fast identisch. Das hat auch damit zu tun, dass man sich von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlt. Du wirst in einen Topf geschmissen – vor allem mit Migrationshintergrund.“ Was ihm auffällt, ist, dass immer mehr Frauen an den Automaten sitzen. „Letztens habe ich auch Mutter und Tochter spielen gesehen.“

**Playstation:** Als er sich eine Playstation finanzieren will, wird ihm eine Kreditkarte mit einem Kreditrahmen von 2000 EUR angedreht. Mit einem Freund, auch er spielsüchtig, verspielt er das Geld. Die Bank bietet ihm einen neuen Kredit an, um den ersten zu tilgen. Am Ende hat er ein Girokonto, zwei Kreditkarten – und 20.000 Euro Kreditschulden.

**„Zinsen“:** In der Shishabar, in der er meistens spielt, lernt er Carlos kennen. Carlos telefoniert laut, und immer geht es dabei ums Geldverleihen. Er erzählt ihm von einem *abi* (türkisch: Bruder), der finanziell aushelfen könne: 150 Euro, wenn er ihm dafür 20 Euro mehr zurückzahlt. „So fing das an.“ Auch ein Freund von ihm leiht sich Geld bei Carlos, manchmal rufen sie ihn gemeinsam an. Carlos führt eine Liste mit den Namen der Leute, die dem *abi* Geld schulden. Er steht nun auch drauf. Carlos erhöht die „Zinsen“, immer mehr wird es. „Ich musste ihm einmal mein ganzes Weihnachtsgeld geben: circa 1400 Euro, davon waren 500 Euro Zinsen.“ Als er sich wehrt, droht ihm Carlos: „Das sind Leute mit Knarre, die kommen und knallen dich ab, die kommen vor deine Haustüre.“ Er fühlt sich verantwortlich für seine Familie, er hat Angst um seine Mutter und seine Geschwister. Er glaubt zwar, dass dieser *abi* nur eine Erfindung ist, eine Masche, um die Leute einzuschüchtern. Aber ganz sicher ist er sich nicht. Zur Polizei gehen er und sein Freund lieber nicht. „Du musst bedenken: Keiner zwingt dich, das Geld zu nehmen. Er nutzt deine Krankheit aus, aber *du* willigst ein. Rufst du die Polizei, kriegst du Probleme mit allem.“ Vielleicht könnte die Polizei kurzfristig etwas tun, aber was ist danach? „Was passiert nach zwei Wochen, nach drei Monaten? Du hast auch Geschwister!“

**2022:** Er leiht sich wieder Geld von Carlos. Er schwört sich, dass es das letzte Mal war. —

e:



# Ein vorläufiges Fazit

Von Stella Hindemith und Burcu Başdinkçi

In Deutschland fehlt Wissen über das Thema Schutzgeld. Solange das der Fall ist, wird allen, die das Problem ansprechen und es angehen wollen, im Zweifelsfall entgegengehalten: Man wisse noch gar nicht, ob das Problem überhaupt existiert, ob es ein spezifisches Problem migrantischer (oder auch: italienischer, türkischer, arabischer usw.) Communitys ist oder nicht und wie groß es ist – denn dazu fehlten verlässliche Daten. Was die Arbeit gegen Schutzgelderpressung betrifft, befinden wir uns also in einer Zwickmühle: Es mangelt an verlässlichen Studien zur Situation, die das Thema Schutzgeldsysteme objektiv beschreiben würden; wie man auf das Thema reagieren kann und welche Unterstützungs- oder Aufklärungsangebote die Betroffenen brauchen, bleibt folglich unklar.

Dieses Fazit muss deshalb als vorläufiges Fazit verstanden werden. Es bündelt pragmatisch das existierende Wissen und die Erfahrungen, von denen wir hören – ohne die Sicherheit verlässlicher sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Dennoch ist dieses Fazit mehr als ein subjektiver Eindruck: Was wir hören, deckt sich auffällig genau mit (italienischer) soziologischer Fachliteratur über das Phänomen.

## Unterstützung? Fehlanzeige

Schutzgeldsysteme haben die Funktion, Menschen, Beziehungen und Geschäfte in den jeweiligen Straßenzügen, Plätzen, Territorien zu kontrollieren. Der Einstieg scheint oft eher nebenbei zu passieren, vielleicht aus einem gewissen sozialen Druck heraus, aber ohne (erkennbare) Bedrohung. Er ergibt sich aus Netzwerken, aus der Nachbarschaft. Dass es in manchen Gewerben irgendwie dazugehöre, diesen Satz haben wir mehrfach gehört. Im Gegensatz zum Einstieg ist der Ausstieg offenbar kompliziert. Oder auch: zu kompliziert. Die Hemmschwelle, zur Polizei zu gehen, ist hoch. Man weiß unterdessen vielleicht zu viel, manche sind sich unsicher, ob sie sich strafbar gemacht haben. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen für Betroffene, in denen man diese Fragen klären, eine eigene Haltung entwickeln könnte? Fehlanzeige.

Die Betroffenen stehen faktisch alleine da. Sie haben keine Lobby. Wer aus den Zahlungen aussteigt, muss im Zweifelsfall selbst dafür aufkommen, den eigenen Laden (den eigenen Späti, das eigene Nagelstudio, den eigenen Gemüseladen) neu einzurichten, nachdem er „zufällig“ verwüstet wurde. Die Nachbarschaft des betroffenen Ladens guckt der Inszenierung zu – und lernt den Preis für den Ausstieg aus dem Schutzgeldsystem kennen. Hierzu gehören auch die Jugendlichen, die in der Nachbarschaft aufwachsen, und Eltern, die ihre Familie schützen wollen. Wenn es um den Ausstieg geht, spielen Bedrohungen auf einmal doch eine Rolle. Und Bedrohungen aus der sozialen Nähe, aus der Gemeinschaft, die doch eigentlich Schutz bietet, sind bekanntlich besonders wirkmächtig.

## **Betroffene ernst nehmen, auch als Expert\*innen**

Manche werden die Texte in diesem Heft gelesen haben und genau wissen, wovon die Rede ist. Andere dürften überrascht sein, vielleicht auch schockiert. Schutzgeldsysteme sind ein interessantes zivilgesellschaftliches Thema, weil es dabei um grundständige demokratische Prozesse geht: Das Schweigen über Schutzgeldsysteme wird erst dann gebrochen werden, wenn mehr Betroffene die eigenen Erfahrungen und Perspektiven ernst nehmen und daraus nach und nach, vielleicht im Gespräch mit anderen, Analysen oder Fragen entwickeln, die sie dann in gesellschaftliche oder politische Debatten einbringen.

Warum gibt es in Deutschland (fast) gar keine Maßnahmen gegen Schutzgeldsysteme, während sie in Italien so ausdifferenziert sind? Möglicherweise hat dies mit der verweigerten politischen Partizipation von tendenziell armen, tendenziell migrantischen, tendenziell von Rassismus betroffenen Teilen dieser Gesellschaft zu tun. Seit Jahrzehnten macht man hier bereitwillig Täter aus (etwa in den Debatten über „Ausländerkriminalität“ oder, zeitgemäßer, über „Clans“), während man nicht bereit ist, die Betroffenen dieser Probleme zu sehen. Erst recht nicht nimmt man sie als Expert\*innen, die Ideen haben könnten, wie man diese Probleme bewältigen oder verbessern könnte, wahr. Die Communities, in denen Medien so viele Probleme ausmachen, sind auch Communities der Resilienz. Auch dort, wo viele Menschen Schutzgeld zahlen, zahlen eben nicht alle; manche steigen aus den Zahlungen aus, obwohl der Ausstieg mit sozialen und finanziellen Nachteilen verbunden ist.

## Die Zivilgesellschaft ist gefragt

Schutzgeldsysteme sind keine kleinkriminellen Randphänomene, erst recht keine individuellen. Schutzgeldsysteme sind auch nicht allein ein strafrechtliches Problem. Sie sind Gegensysteme zur demokratischen Kultur im urbanen Raum. Schutzgeldsysteme bedrohen Grundrechte wie die Gewerbefreiheit und das Recht auf Unversehrtheit, aber auch das gesellschaftliche Versprechen sozialer Gerechtigkeit und der Chancengleichheit. Verschiedene Gruppen unserer Gesellschaft sind jeweils anders von dieser Bedrohung betroffen und haben unterschiedliche Ressourcen, um sie zu bewältigen, abhängig von ihrem sozialen Status.

Als Projekt, das zur demokratischen Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitet, stellen sich für uns zu diesem Zeitpunkt verschiedene Fragen: Was bedeutet es für Jugendliche, wenn die eigenen Eltern oder andere erwachsene Bezugspersonen Schutzgeld bezahlen – und wenn dies in Songs oder Filmen sogar als irgendwie *cool* vermittelt wird? Werden sie hineinsozialisiert in eine Situation, in der Schutzgeld bezahlen als normal gilt, gar als unabänderlich? Heißt erwachsen werden dann, sich habituell auf einen Machtkampf vorzubereiten, um eines Tages auf der Leiter ausbeuterischer Dynamiken möglichst weit oben zu stehen? Mit welchen verdrängten oder offen ausgetragenen Konflikten in der Familie und im Sozialraum müssen sie umzugehen lernen? Gibt es für sie Ansprechpersonen, die die Spannungen, in denen sie aufwachsen, ernst nehmen, die über das nötige Problembewusstsein verfügen und die das Thema behutsam anzusprechen wissen? Und wie können (erwachsene) Bezugspersonen eine Haltung dazu und Handlungssicherheit entwickeln?

An vielen Stellen kann die Zivilgesellschaft etwas tun, wie die Beispiele aus Italien, die Claudio La Camera nennt, zeigen. Damit sich ähnliche öffentliche Unterstützungssysteme in Deutschland entwickeln, braucht es eine Zivilgesellschaft, die daran mitwirkt – und sie von der Politik einfordert. —

# Über das Projekt **echolot**:

## Was bisher geschah

Das Projekt wurde 2011 von italienischen und deutschen Aktivist\*innen in Berlin gegründet. Das Anliegen war damals, die Arbeit gegen Mafien in Italien von Deutschland aus zu unterstützen. Außerdem sollte das Problem für Deutschland beschrieben und sollten Projekte gegen Mafien in Deutschland initiiert werden. Von 2014 bis 2017 fand das EU-Projekt *Creating public spaces* zur zivilgesellschaftlichen Umnutzung eingezogener Immobilien statt.

Um die Grundlagen für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) in Berlin zu schaffen, führte Echolot 2020 ein Pilotprojekt dazu durch, gefördert von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*. Seit Herbst 2021 entwickelt und bietet das Bundesmodellprojekt *Echolot – Zivilgesellschaft gegen mOK* Präventionsarbeit gegen mOK. Gefördert wird es aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ, kofinanziert durch die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*.

## Was wir wollen

Echolot möchte eine angemessene und empowernde Diskussion über mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) unterstützen: rassistischkritisch, differenziert und demokratisch – ohne Probleme unter den Teppich zu kehren. Perspektivisch geht es darum, die menschenrechtsbasierte Arbeit gegen mOK als Handlungsfeld der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland zu etablieren.

Wir organisieren Veranstaltungen zu mOK, erarbeiten Bildungsmaterialien dazu, bieten Workshops und Fortbildungen an. Dabei versteht sich Echolot als lernendes Projekt. Wie beziehen unser Wissen von mOK-Betroffenen und aus den praktischen Erfahrungen der Sozialarbeiter\*innen, Pädagog\*innen, Multiplikator\*innen, Verwaltungsangehörigen und anderen, mit denen wir kooperieren. Zudem greifen wir auf die wissenschaftlichen Befunde aus der italienischen Anti-Mafia-Arbeit zurück und auf Ansätze zu demokratischer Kultur in Deutschland. Echolot bündelt diese unterschiedlichen Perspektiven und Expertisen und stellt sie wiederum anderen zur Verfügung.

## Was wir anbieten

Echolot arbeitet zum einen mit jungen Menschen, die in ihrem Alltag, in ihrem Kiez mit mOK konfrontiert sind. In unseren Workshops setzen sie sich aktiv auseinander mit Alltagsproblemen, die mit mOK zu tun haben könnten: zum Beispiel Einschüchterung, Glücksspiel oder Schutzgeld. Ebenso sprechen wir über die rassistischen Stigmata, die mit dem Thema verknüpft sind. Gemeinsam gehen wir der Frage nach, wo und wie mOK im Alltag auftaucht. Das kann im Kiez sein, aber auch in Musikclips, Serien oder in den Sozialen Medien. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickeln dabei eigene Perspektiven, um mit dem Problem mOK und mit der rassistischen Abwertung ihrer Communitys reflektiert und stigmatisierungsfrei umzugehen. Lokal und nachhaltig sollen demokratische Prozesse vorangetrieben werden, die Ohnmachtsgefühle minimieren und die Resilienz gegen mOK-Strukturen erhöhen.

Echolot richtet sich zum anderen an Personen, die in der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind, und an Multiplikator\*innen, die in den betroffenen Sozialräumen leben oder arbeiten. Echolot bietet fortlaufend Sensibilisierungsworkshops und Fortbildungen zum Thema mOK für Schulen, Jugendklubs, NGOs und Verwaltungen an.

Kontaktieren Sie uns gerne bei Interesse:

E-Mail: [info@echolot-berlin.org](mailto:info@echolot-berlin.org)

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Webseite:

[www.echolot-berlin.org](http://www.echolot-berlin.org)





## Verwendete Literatur vor allem für Seite 29–34

- B.Z. (2016): Polizei machtlos gegen Schutzgelderpressung – Opfer eingeschüchtert. In: bz-berlin.de, 20.03.2016, <https://www.bz-berlin.de/berlin/polizei-machtlos-gegen-schutzgelderpressung-opfer-ingeschuechtert> (abgerufen am 10.02.2022).
- BSI (2021; Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik): BSI-Lagebericht 2021: Bedrohungslage angespannt bis kritisch. In: bsi.bund.de, Pressemitteilung vom 21.10.2021, [https://www.bsi.bund.de/DE/Service-Navi/Presse/Pressemitteilungen/Presse2021/211021\\_Lagebericht.html](https://www.bsi.bund.de/DE/Service-Navi/Presse/Pressemitteilungen/Presse2021/211021_Lagebericht.html) (abgerufen am 10.02.2022).
- Dick, Wolfgang (2016): Geld oder Leben – Schutzgelderpressung. In: Deutsche Welle, dw.com, 17.05.2016, <https://www.dw.com/de/geld-oder-leben-schutzgelderpressung/a-19249842> (abgerufen am 10.02.2022).
- Fannrich-Lautenschläger, Isabel (2017): Kriminelle Geschäfte / Deutschland bislang Ruheort für italienische Mafia. In: deutschlandfunk.de, 25.10.2017, <https://www.deutschlandfunk.de/kriminelle-geschaefte-deutschland-bislang-ruheort-fuer-100.html> (abgerufen am 10.02.2022).
- finanzfrage (2018): Was kann man gegen Schutzgeld Erpresser tun? In: finanzfrage.net (Onlineforum, Frage und Antworten), <https://www.finanzfrage.net/g/frage/was-kann-man-gegen-schutzgeld-erpresser-tun> (abgerufen am 10.02.2022).
- finanzfrage (2016): Was kann ich gegen Schutzgeld tun? In: finanzfrage.net (Onlineforum, Frage und Antworten), <https://www.finanzfrage.net/g/frage/was-kann-ich-tuen-gegen-schutzgeld> (abgerufen am 10.02.2022).
- finanzfrage (2013): Schutzgeld Erpressung was würdet ihr machen. In: finanzfrage.net (Onlineforum, Frage und Antworten), <https://www.finanzfrage.net/g/frage/schutzgeld-erpressung-was-wuerdet-ihr-machen> (abgerufen am 10.02.2022).
- finanzfrage (2009): Was soll man machen, wenn die Mafia hinter einem ist, aber die Polizei das einem nicht glaubt? In: finanzfrage.net (Onlineforum, Frage und Antworten), <https://www.finanzfrage.net/g/frage/was-soll-man-machen-wenn-die-mafia-hinter-einem-ist-aber-die-polizei-das-einem-nicht-glaubt> (abgerufen am 10.02.2022).
- Gabbe, Bettina (2021): Schutzgeld ade! In: Hohenloher Tagblatt, 27.02.2021. Online unter: <https://www.pressreader.com/germany/hohenloher-tagblatt/20210227/282746294493771> (abgerufen am 10.02.2022).
- Hallenstein, Octavius (2022): Fler behauptet, Arafat müsse Geld an ihn zahlen. In: raptastisch.net, 09.02.2022, <https://raptastisch.net/2022/01/09/fler-behauptet-arafat-muesse-geld-an-ihn-zahlen/> (abgerufen am 10.02.2022).
- Heine, Hannes (2018): Schutzgelderpressung in Berlin. Wie Gewerbetreibende schikaniert und erpresst werden. In: tagesspiegel.de, 01.02.2018, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/schutzgelderpressung-in-berlin-wie-gewerbetreibende-schikaniert-und-erpresst-werden/20908018.html> (abgerufen am 10.02.2022).
- IHK Schleswig-Holstein (o. J.): Abwehrstrategien. Schutzgelderpressung – Sie können etwas dagegen tun! In: [ihk-schleswig-holstein.de](http://ihk-schleswig-holstein.de), Nr. 806, <https://www.ihk-schleswig-holstein.de/recht/allgemeine-rechtsfragen/schutzgelderpressung-1359754> (abgerufen am 10.02.2022).
- Immobilienscout24 (2019): Schutzgelderpressung: Methoden und Abwehrstrategien für Gewerbetreibende. Wer einmal zahlt, zahlt immer ... mehr. In: [immobilienscout24.de](http://immobilienscout24.de), 12.09.2019 (aktualisiert), <https://www.immobilienscout24.de/gewerbe/ratgeber/news/schutzgelderpressung.html> (abgerufen am 10.02.2022).
- INSP (2020; Institut für Neue Soziale Plastik e. V.): Mafiöse Organisierte Kriminalität in Berlin. Eine Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft. (Eine Veröffentlichung im Rahmen des Projektes Echolot.) Berlin: Eigenverlag.
- Jahn, Joachim (2010): Erste Schritte gegen Schmier-, Schweige- und Schutzgelder: Zum Schutz von Aktiengesellschaften vor Erpressern. In: Grundmann, Stefan u.a. (Hg.): Festschrift für Klaus J. Hopt zum 70. Geburtstag am 24. August 2010: Unternehmen, Markt und Verantwortung. Berlin/New York: De Gruyter. S. 2029–2042.

- Koch, Svenja (2021): BSI Lagebericht zur Cybersicherheit 2021: Bedrohungslage angespannt bis kritisch. In: seccion GmbH, seccion.de, 29.10.2021, <https://www.seccion.de/de/blog/blog-details/bsi-lagebericht-zur-cybersicherheit-2021-bedrohungslage-angespannt-bis-kritisch> (abgerufen am 10.02.2022).
- Lutz, Martin (2019): Zahl der Straftaten auf Tiefstand – aber was heißt das wirklich? (Deutschland: Neue Kriminalstatistik). In: welt.de, 01.04.2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article191183145/Neue-Kriminalstatistik-Zahl-der-Straftaten-auf-Tiefstand-aber-was-heisst-das-wirklich.html> (abgerufen am 10.02.2022).
- Moseschus, Alexander M. (2004): Produkterpressung: Ein Kriminalphänomen unter kriminologischer, straf- und haftungsrechtlicher sowie taktischer Betrachtungsweise. Göttingen: Cuvillier Verlag.
- Nagel, Lars-Marten; Votsmeier, Volker (2021): Cyberkriminalität. Eine Spezialeinheit jagt in NRW digitale Schutzgelderpresser. In: handelsblatt.com, 07.05.2021, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/innovationweek/75-ideen/cyberkriminalitaet-eine-spezialeinheit-jagt-in-nrw-digitale-schutzgelderpresser/27152086.html> (aufgerufen am 10.02.2022).
- Ohlemacher, Thomas (1999): „Enttäuschend, aber immer noch vertrauenswürdig“: Schutzgelderpressungen und das Vertrauen in Recht und Politik. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 20(1). S.125–162.
- RP Online (2010): Haftstrafe wegen Schutzgelderpressung: Hells Angels drohen mit totem Schaf. In: rp-online.de, 30.12.20210, [https://rp-online.de/panorama/deutschland/hells-angels-drohen-mit-totem-schaf\\_aid-12446021](https://rp-online.de/panorama/deutschland/hells-angels-drohen-mit-totem-schaf_aid-12446021) (abgerufen am 09.02.2022).
- Schneider, Alexander (2020): Schutzgeld-Mafia: Lange Haftstrafen für Tschetschenen. Sächsische Zeitung. In: saechsische.de, <https://www.saechsische.de/plus/schutzgeld-mafia-lange-haftstrafen-fuer-tschetschenen-5162304.html> (aufgerufen am 10.02.2022).
- Schulze, Tim (2018): „Kontraste“-Reportage. Wie kriminelle Großfamilien ihre Geschäfte in Deutschland betreiben. In: stern.de, 03.08.2018, <https://www.stern.de/panorama/stern-crime/wie-kriminelle-grossfamilien-ihre-geschaefte-in-deutschland-betreiben--8196206.html> (aufgerufen am 10.02.2022).
- Spiegel (2008): Polizei fasst Schutzgelderpresser. In: spiegel.de, 02.01.2008, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-polizei-fasst-schutzgelderpresser-a-526234.html> (aufgerufen am 10.02.2022).
- Spilcker, Axel (2021): Clan-Kriminalität. Schutzgeld, Schläge, kein Erbarmen: Wie der Al-Zein-Boss Mehmet L. das Leben zur Hölle machte. In: focus.de, 26.10.2021, [https://www.focus.de/panorama/schutzgeld-schlaege-angst-e-an-mehmet-L\\_id\\_24359782.html](https://www.focus.de/panorama/schutzgeld-schlaege-angst-e-an-mehmet-L_id_24359782.html) (aufgerufen am 10.02.2022).

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

**BERLIN GEGEN  
GEWALT**  
Landeskommission  
Berlin gegen Gewalt

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen die Verantwortung.

## Impressum

**Herausgeber:** Institut für Neue Soziale Plastik (Berlin) e.V.,  
Yorckstraße 26, 10965 Berlin

**Redaktion:** Stella Hindemith

**Lektorat:** Dr. Julia Roßhart

**V.i.S.d.P.:** Benno Plassmann

Wir danken Prof. Dr. Martin Heger für seinen fachlichen Rat.

**Gestaltung und Herstellung:** BAR PACIFICO/ Girardet & Hickethier,  
Moritz Lichtwarck-Aschoff, Tina Flammiger

**Fotos:** Etienne Girardet

1. Auflage 2022

**Auflage:** ##



**S**chutzgeldsysteme dienen dazu, Menschen, Beziehungen und Geschäfte in den jeweiligen Straßenzügen, Plätzen, Lokalräumen zu kontrollieren. Der Einstieg scheint oft eher nebenbei zu passieren: vielleicht aus einem gewissen sozialen Druck heraus, aber ohne (erkennbare) Bedrohung. Der Ausstieg ist komplizierter: Die Hemmschwelle, zur Polizei zu gehen, ist hoch, manche Betroffene sind sich unsicher, ob sie sich strafbar gemacht haben. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, in denen man solche Fragen klären, eine eigene Haltung entwickeln könnte? Fehlanzeige.

Schutzgeldsysteme sind nicht allein ein strafrechtliches Problem. Sie sind Gegensysteme zur demokratischen Kultur, vor allem im urbanen Raum. Sie bedrohen Grundrechte wie die Gewerbefreiheit und das Recht auf Unversehrtheit, aber auch das gesellschaftliche Versprechen sozialer Gerechtigkeit und der Chancengleichheit.

In Deutschland fehlen Studien zum Thema Schutzgeld. Die Broschüre bündelt vorhandenes Wissen und erklärt, warum Schutzgeldsysteme eine wichtige Funktion für mafiose Organisierte Kriminalität (mOK) haben – und warum sie ein Thema für die demokratische Zivilgesellschaft werden müssen. —